



⇒ Ernst-Ulrich Huster

Armutsbekämpfung statt Armutsreproduktion – ein notwendiger Diskurs. Anja Kerle, Fabian Kessel und Alban Knecht versammeln Beiträge zur Neubestimmung des Sozialen in Politik und Öffentlichkeit

In der Tat: Die »Normalisierung von Armut« (87) ist inzwischen auch in Deutschland Alltag geworden; und dies, obwohl es, beginnend auf der lokalen Ebene, über regionale, bundesweite und auch europäische Armutsberichterstattung mehr als genug wissenschaftliche und praktische Analysen über die Multidimensionalität von Armut sowie Vorschläge zu deren Überwindung gibt. Nun betrifft diese »Normalisierung«, also deren Hinnahme als etwas Unabänderliches, keineswegs bloß das Thema Armut im engeren Sinn, sondern generell fast alle Politikfelder. Denn in der Politik geht es immer darum, soziale und politische Interessen zu formulieren und durchzusetzen, was zur Folge hat, dass das, was für die einen »normal« ist, sich für andere als ein zu verändernder Zustand darstellt. Politik erfolgt stets interessenbezogen. Von daher ist es immer wieder von neuem richtig und sinnvoll, wenn Diskurse den vorfindlichen Status quo auf seinen Interessenbezug hin hinterfragen. Dies geschieht mit dem vorliegenden Band. Er begreift Armut relational, im Zusammenspiel »von sich historisch entwickelten und bestehenden Privilegienstrukturen, kulturellen Zuschreibungen, ökonomischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen sowie politischen Entscheidungen« (23f.). Armut und öffentliches Handeln stünden, so die Herausgeberin und die Herausgeber, in einem dialektischen Verhältnis zwischen Armutsbekämpfung und Reproduktion von Armut durch politisch bewirkte Wege in Armut.

Die Studie nähert sich dem Thema in einem Dreischritt. In jeweils knappen Beiträgen werden zunächst die »Politik der Armut – Politiken der

Armut«, und damit die »Regulation und Rationalisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen in Bezug auf das Phänomen Armut« (13) dargelegt. Im nächsten Schritt geht es um die »Institutionalisierung und Deinstitutionali-

Anja Kerle / Fabian Kessel / Alban Knecht (Hg.) (2024): Armutsdiskurse. Perspektiven aus Medien, Politik und Sozialer Arbeit, Bielefeld: transcript. 208 S., ISBN 978-3-8376-7118-6, EUR 35,00.

DOI: 10.18156/eug-2-2025-rez-11

sierung der Armutsbekämpfung«. Dabei zeichnen die einzelnen Beiträge nach, was Sozialpädagogik und Soziale Arbeit zur Bekämpfung von Armut, aber auch zu deren Aufrechterhaltung, also der »Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheitsordnungen« (16f.), leisten. Der dritte Abschnitt wendet sich der »Mediale(n) Inszenierung von Armut« zu, das heißt zum einen der vorherrschenden kulturellen Hegemonie über das Bild von Armut, zugleich der Selbstdarstellung Armutsbetroffener als Gegenpol (19f.).

⇒ Politik der Armut – Politiken der Armut

Im ersten Teil geht es in vier Beiträgen um die Bestimmung dessen, was Politik im Kontext der Bearbeitung von Armut anstrebt bzw. im Blick hat. *Franka Schäfer* untersucht Armutsbegriffe in der Bundesrepublik Deutschland bis ins Jahr 2005 und verweist darauf, dass zunächst die monetäre Einkommensarmut, im Kontext von Arbeitslosigkeit, im Focus gestanden habe. Schon hier wird die Folgenlosigkeit des sozialpolitischen Diskurses herausgearbeitet, bezogen etwa auf die zu niedrigen Sätze der Sozialhilfe, die Dunkelzifferproblematik, die geschlechtsspezifischen Armutsrisiken und anderes mehr. Eine Thematisierung von »strukturellen Zwängen des kapitalistischen Systems und der Tatsache, dass Reichtum und Armut unmittelbar miteinander zusammenhängen«, habe gefehlt (38). Im Übrigen gebe es Armut auch trotz Erwerbstätigkeit, etwa bezogen auf allgemeine Alltagsrisiken wie Gesundheit, Alltagskompetenzen u.a.m.

Maksim Hübenthal fragt nach dem Verständnis von Kinderarmut in der deutschen Politik und die sich daraus ergebenden Impulse für die Kinder- und Jugendhilfe. Kritisch arbeitet der Beitrag die wertende Zuordnung von Kinderarmut zu gesellschaftlich als »Unterschichtenfamilien« eingestuftten Gemeinschaften, deren Bildungsferne und geringe Bildungsaspiration etc. heraus. Kinder- und Jugendhilfe sollen, so die Vorstellung, hier kompensatorisch »bürgerliche Tugenden vermitteln« (45). Ziel sei die Herstellung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, im Zentrum stünde stärker die »Verwertbarkeit« statt der »Verwirklichung« der Kinder. Kinderarmut werde der Familienarmut untergeordnet, gegen die, so Vertreter dieser Position, nur eine »Maximierung des Wohlfahrtsstaates durch Maßnahmen wie eine Anhebung des Mindestlohns und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens« helfe (47). Damit aber werde das Hauptaugenmerk auf die Bedürfnisse der Erwachsenen gelegt, ohne zu sehen, dass Kinder eigenständige Bedürfnisse haben. Insgesamt müsse es darum gehen,

die Teilhabe der Kinder auch und gerade durch Stärkung ihrer Subjekt-position zu verbessern, etwa durch eine Festschreibung ihrer rechtlichen Position (vgl. 49).

Dass und wie Politik interessegeleitet ist, verdeutlicht der immer stärker werdende Druck rechter Bewegungen und Gruppierungen auf die Ausgestaltung der Sozialpolitik, wie *Roland Atzmüller* aufzeigt. Diesen Bewegungen gehe es um eine Renationalisierung, die Förderung traditioneller Familienstrukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilung sowie den »Ausbau punitiv-educativer Beschäftigungsprogramme zur Durchsetzung von Arbeits- und Leistungsbereitschaft sowie zur Abschreckung von Zuwanderung« (63). Die Gesellschaft solle national-autoritär umgebaut werden, einschließlich einer forcierten »innerstaatlichen Freund-Feind-Unterscheidung« (63).

Alban Knecht schließt hier lückenlos mit der Analyse der Bewertungen von Leistungsbezieherinnen und -bezieher in der sogenannten Missbrauchsdebatte an. Zu Recht verweist er darauf, dass der Vorwurf missbräuchlicher Nutzung von Sozialleistungen so alt ist, wie es derartige Hilfestellungen gibt. Gut, dass in seinem Beitrag die verbalen Entgleisungen bundesdeutscher Politiker der Gegenwart belegmäßig dokumentiert werden. Man kann dem Autor nur zustimmen, wenn er konstatiert, dass diese Missbrauchsvorwürfe im Gegensatz stehen zu vorhandenen empirischen Studien und zu der hohen Quote bei der Nichtinanspruchnahme von Leistungen. Ziel der Debatte, so sein Resümee, sei das »Aufrechterhalten des Leistungsprinzips und (die) Legitimation sozialer Ungleichheit.« (76)

⇒ Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung der Armutsbekämpfung

Die nachfolgenden sechs Beiträge des zweiten Teils verorten Sozialpädagogik und Soziale Arbeit in ihrem dialektischen Verhältnis zur Bekämpfung und Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit. *Fabian Kessel* analysiert die »immanenten Benachteiligungslogiken und externen Blockaden von Teilhabe und Teilnahme«, d.h. die Linien hin zur »sozialen Ausschließung« (90). Er resümiert: »Soziale Arbeit, Sozialpädagogik, Sozialversicherungsträger und andere Vertreter der linken Hand des Staates können eine radikale Reform mit anregen und mit tragen, aber nicht aus sich heraus umsetzen. Sie müssen aber auch nicht zur Anpassung der ›Leute‹ an die bestehenden Verhältnisse beitragen.« (90 u. 92) Damit ist die Stoßrichtung des gesamten Bandes umschrieben: Sozial Ausgeschlossene sollen innerhalb des vorfind-

lichen gesellschaftlichen Systems befähigt werden und Raum dafür haben, Selbstwirksamkeit zu entdecken, zu erfahren und zu praktizieren, nicht aber kritiklos untergeordnet werden.

Dieser Ansatz wird von *Anja Kerle*, *Jessica Prigge* und *Stephanie Simon* auf die Lebenslage von Kindern übertragen. Für sie ist Kinderarmut ein »Schauplatz des dialektischen Verhältnisses von Armuts (re-)produktion und Armutsbekämpfung« (97). Kinderarmut sei ein »Problem eines kapitalistisch organisierten Sozialstaats« (98). Kinder müssten »als Akteur*innen in Armutslagen« erkannt werden und »nicht einseitig als passive Opfer eines Aufwachsens in Armut« (103) modelliert werden. Kinder seien ebenso »handlungsmächtige Akteur*innen« wie »vulnerabel« (104).

Der nachfolgende Beitrag von *Alexandra Klein* und *Bettina Ritter* überträgt diesen Ansatz auf die Rolle von Müttern. Moralisch würden vor allem die Mütter für den Umgang mit den Kindern verantwortlich gemacht, während die Väter mehr oder weniger ausgeblendet würden. Es sei die Mutter, die die »Kultur der Armut« (112) an die Kinder weitergebe, auch wenn letztlich gesellschaftliche Ursachen für Versorgungsdefizite verantwortlich zu machen seien. Geschlechtsspezifisch werde nur bezogen auf die Mutter argumentiert, die Kinder dagegen würden zunächst nicht geschlechtlich erfasst – bis dann weibliche Jugendliche/junge Erwachsene schwanger werden. Das Verhältnis von Armut und Geschlecht im frühen Jugendalter werde auf von Armut betroffene Mädchen, auf deren »sexuelle Verwahrlosung« (113) bezogen. Dagegen gelte es, wie allgemein bei von Armut Betroffenen, ein Gegen-Narrativ sichtbar zu machen, nämlich das von handlungsfähigen Akteur*innen (vgl. 109ff.).

Selektierend nach denen, die dazugehören, und denen, die es nicht sein sollen, wirken insbesondere Diskussionen um die Ausgestaltung von Mindestsicherungen, wie *Markus Griesser* am Beispiel der Mindestsicherungsdebatte in Österreich 2017 bis 2019 zeigt. Die Mindestsicherung sei, so ein Argumentationsstrang im politischen Raum, ein Pull-Faktor für Zuwanderung. Deshalb müssten die entsprechenden Leistungen besonders eng gefasst und ausgestattet werden, vor allem gegenüber Zuwanderern. Dieser »wohlfahrtschauvinistische« (123) Deutungsrahmen werde durch ein zweites Element ergänzt, das meritokratische, das vor allem an die lohnabhängig Beschäftigten als »Leistungsträger*innen« (131) adressiert wird. Letztlich überdecke dieser Hinweis aber, dass diesen sozialen Gruppen nicht dadurch »Ungerechtigkeit« widerfahre, dass die Mindestsicherung ohne Gegenleistung zu hoch ausfalle, sondern weil ihnen selbst zwar ein leistungsbedingter

Aufstieg versprochen, aber nicht ermöglicht worden sei. Mit Heitmeyer sieht der Autor in Meritokratismus und Wohlfahrtschauvinismus letztlich die Durchsetzung einer »rohe(n) Bürgerlichkeit«, nämlich die »Verachtung schwacher Gruppen (...) oder der Einforderung von Etablierenvorrechten« (133).

Jana Kavermann schließlich analysiert eine Artikelserie in der Zeitschrift *Widersprüche*, die darauf Wert lege, nicht von »Unterschicht«, sondern von »unten« zu sprechen – also nicht von denen, die einer »objektiven« unteren Schicht zugeordnet werden, sondern von denen, die bewusst sozial »unten« gehalten werden –, wenn es um die Lebenslage Armutsbetroffener geht (vgl. 135). Diese Artikelserie beschreibt politisch-ökonomisch die vertikale Struktur der Ressourcenverteilung einer Gesellschaft. Der Sozialen Arbeit komme in dieser Konstellation nur eine Aufgabe als »Überlebenshilfe im Armutsghetto« zu (Zitat aus *Widersprüche*, 139). Die Gemeinwesenarbeit sei kein Allheilmittel gegen Probleme, die auf die kapitalistische Organisation der Gesellschaft zurückzuführen seien. Wichtig sei eine »nichtunterdrückende« Soziale Arbeit, der die »Rolle als Vermittlerin zu den in der Herrschaftsstruktur schwächsten Gesellschaftsmitgliedern« zukomme (Zitat aus *Widersprüche*, 140). Soziale Arbeit leiste zwar reale Verbesserungen für die Betroffenen, aber grundsätzliche Ungleichheiten blieben bestehen. Soziale Arbeit solle sich als »Verbündete der Beherrschten« sehen (141), Herrschaft radikal durchschauen und ihr mit »sozialistischen Positionen« begegnen (Zitat aus *Widersprüche*, 141). Man müsse sowohl die gesellschaftlichen Strukturen, die zu Armut führen, als auch die armen Leute selbst in den Blick nehmen. Es gehe um den Abbau von Herrschaft und Ungleichheit, wenn nötig um »den revolutionären Sturz der herrschenden Klasse, und den radikalen Umbau der Gesellschaft« (so im Zitat Heinz Steinert 2004). Die Betonung sozialstruktureller Vertikalität stärke die kritische Position, »sie ermöglicht den Klassenkampf« (143).

⇒ Mediale Inszenierung von Armut

Im abschließenden dritten Teil beschäftigen sich fünf Beiträge mit den Narrativen gegen Armutsbetroffene bzw. lassen diese selbst zu Wort kommen. *Sebastian Friedrich* arbeitet die Stereotype gegen sogenannte »Gammler« heraus, die in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre vor allem gegen Jugendliche und junge Erwachsene gerichtet wurden, die sich den konventionellen Lebensgewohnheiten entzogen. Mit dem Vorwurf, es handle sich um faule Arbeitslose, wurde die Trennung von

bedürftigen und nichtbedürftigen Leistungsbezieherinnen und -bezieher akzentuiert. Letztlich ging es um die Durchsetzung gesellschaftlicher Normen, hier besonders um die Durchsetzung des Leistungsprinzips, von dem sich die sogenannten ›Gammler‹ abgrenzen wollten (147ff.).

Teile der Medien haben, so *Andreas Hirsland* und *Stefan Röhrer*, gezielt »Affektpolitik auf dem Rücken der Armen« betrieben (159). Hatte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. der nationalsozialistischen Herrschaft das Bild von Armut zunächst verbessert und wurden soziale Rechte eingeräumt bzw. Armut auch auf strukturelle gesellschaftliche Ursachen zurückgeführt, so verschärften wirtschaftsradi-kale Positionen in der Folge zunehmend negative mediale Zuschreibungen mit »meist die Grenze zum Sozialporno überschreitenden pseudodokumentarischen Formate(n)« (161). In ihren Untersuchungen machen die Autoren zugleich deutlich, welche Schlussfolgerungen Betroffene aus diesen Zuschreibungen ziehen: »Beschämende Entwertungserfahrungen und angegriffene Selbstachtung können Rückzugstendenzen bzw. (Selbst)Exklusion verstärken, was im Extrem auf einen ›sozialen Tod‹ hinausläuft.« (165) Elemente dieser Angriffe auf die Armutsbetroffenen werden von diesen direkt oder indirekt auch übernommen, etwa dadurch, dass man in der eigenen sozialen Gruppe durchaus ›schwarze Schafe‹ ausmacht, die das soziale System ausnutzen (vgl. 165). Die Faulheitsdebatte sei, so die Autoren, in sich widersprüchlich, sie fordere auf der einen Seite Integrationswilligkeit, verfestige auf der anderen Seite aber das Bild des essenziell nicht Integrierbaren, und bleibe damit dem von *Georg Simmel* beschriebenen Paradoxon des »Drinnen« und »Draußen« verhaftet (167). »Der Topos des faulen Armen scheint sich [...] nachhaltig im armutspolitischen Diskursrepertoire festgesetzt zu haben.« (168)

Mit dem Beitrag von *Martin Schenk* kommen Armutsbetroffene selbst zu Wort. Schenk beruft sich dabei auf *Pierre Rosanvallon*, der in Paris ein »Parlament der Unsichtbaren« gegründet hat. »Es untergräbt die Demokratie« – so Rosanvallon –, »wenn die vielen leisen Stimmen ungehört bleiben, die ganz gewöhnlichen Existenzen vernachlässigt und die scheinbar banalen Lebensläufe missachtet werden« (172). Die Armutskonferenz Österreich hat eine eigene Website eingerichtet, um den Lebensalltag derer sichtbar zu machen, »die nicht im Licht stehen« (172). Auf ihr haben zahlreiche Betroffene ihre Alltagserfahrungen oder ihren Umgang mit ihrer Lebenslage ausdrücken können. Zugleich wurde 2010 ein »Journalistenpreis von unten« für »respektvolle und tiefgründige Armutsberichterstattung vergeben« (174). Armutsbetrof-

fene fungieren als Jury. In anderen europäischen Ländern wurde diese Idee aufgegriffen und ebenfalls umgesetzt. Es bleibt allerdings ein strukturelles Problem: Zu Recht wird gefordert, Politiker müssten Armutsbetroffenen mehr zuhören und deren Alltag ernst nehmen. Zugleich weist das ökonomisch ärmste Drittel der Bevölkerung eine deutliche Wahlabstinenz auf, es beteiligt sich weniger an den institutionalisierten Prozessen der Meinungsbildung und politischen Entscheidung im Vergleich zu den Wohlsituierten (vgl. 175).

Auch die beiden letzten Beiträge beschäftigen sich mit den »Stimmen von Betroffenen im Diskurs um Armut« (177). *Helen Dambach* und *Holger Schoneville* weisen mit Axel Honneth auf die Gefahr hin, dass die Position der Unterprivilegierten »entsprachlicht« wird (178). Dieser Gefahr will die Internetplattform *#IchBinArmutsbetroffen* begegnen. Hier werden in zahlreichen Tweets Erfahrungen von Mangel, Einschränkung, Ausgrenzung, Entrechtung, individueller Missachtung und Entmenslichung konkret mitgeteilt (vgl. 179ff.). Was zunächst wie ein individuelles Sprechen erscheint, werde angesichts tausender Tweets eine »Form von kollektivem politischem Sprechen« und »enorm bedeutsam« (185).

Anja Kerle und *Alban Knecht* schließlich analysieren fiktionale Belletristik und Autosoziographien von Personen, die selbst in Armut aufgewachsen sind, sich nun aber in ihrem Status verbessert haben. Das Aufwachsen in Armut erlebten sie in ihrer Verwundbarkeit. So verweisen die Betroffenen in ihren Schriften auf die »teils langwierige, schmerz- und leidvolle Erfahrung« mit Armut (192). Zugleich aber erlebten sie auch ihre Handlungsfähigkeit. In deren Weg aus der Armut sehen die Autorin und der Autor gleichwohl weniger eine Bestätigung des meritokratischen Narrativs von einem »Aufstieg durch Leistung«. Die Beiträge könnten zwar suggerieren, dass die erfolgreiche soziale Mobilität das Ergebnis individueller Anstrengung sei; dabei würden aber die »vielfältigen Unterstützungsleistungen und Care-Arbeit der Eltern, des sozialen Umfelds und der Communities« ausgeblendet (193). Ein Textauszug aus dem Roman *Der Sandler* schließt das Buch ab.

⇒ Zur Dialektik von Armutsbekämpfung und Armutsreproduktion durch soziale Politik

Der vorliegende Band ordnet sich der *Kritischen Diskursanalyse* zu (11), die sich gegen hegemoniale Denk- und Deutungsweisen wendet, indem sie in unterschiedlichen Facetten die Formulierung von Politik, deren Umsetzung und das Leben in Armut zur Sprache bringt. Es fällt

dabei auf: Der Diskurs ist in hohem Maße in sich geschlossen, davon abweichende Sichtweisen werden eher pauschal negativ bewertet, statt inhaltlich miteinbezogen. Dies betrifft insgesamt den Umgang mit Armut durch soziale Politik einschließlich der Sozialen Arbeit. Während im letzten Beitrag die Unterstützungsleistungen des sozialen Umfelds für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche erwähnt werden, um dem wirtschaftsliberalen Narrativ vom »Aufstieg durch Leistung« entgegenzutreten, wird sowohl hier als auch in vielen der anderen Texte eine entsprechende Unterstützungsleistung der sozialstaatlichen Einrichtungen nur pauschal als »Beitrag zur Bekämpfung von Armut«, zugleich aber zur »Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheitsordnungen« eingestuft (17). Der moralisierende Appell, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter müssten »aber auch nicht zur Anpassung der ›Leute‹ an die bestehenden Verhältnisse beitragen« (92), unterstellt, dass dies in der Praxis der Fall ist. Die beiden widersprüchlichen Seiten von Sozialpolitik hat nicht erst Eduard Heimann in seinem 1929 verfassten Standardwerk zur Sozialpolitik hervorgehoben. Schon der in den 1880er-Jahren ausgefochtene sogenannte Revisionismus-Streit in der Sozialdemokratie ging um die Frage, ob Reformen im Kapitalismus möglich seien oder letztlich nur systemstabilisierend wirken.

Gleichzeitig sei an Hermann Heller erinnert, der in seiner Schrift *Rechtsstaat oder Diktatur?* von 1930 den sozialen Rechtsstaat als Bollwerk gegen den Faschismus beschworen hat. Die mitunter steilen antikapitalistischen Aussagen (etwa im Zitat aus der Zeitschrift *Widersprüche*, aber nicht nur da) hätten auf diese historischen, kritischen Debatten Bezug nehmen sollen. Konkret: Ein Diskurs, der die Sicht der Armutsbetroffenen ins Zentrum stellt, hätte zumindest auch deren Erfahrungen, Erwartungen und Enttäuschungen nicht nur unter dem Aspekt der medialen Inszenierung, sondern auch unter dem Aspekt der Konzipierung und konkreten Erfahrung im Umgang mit Sozialer Arbeit bzw. Sozialpädagogik berücksichtigen müssen. Dass Sozialpolitik bzw. Soziale Arbeit gar »Ungleichheitsordnungen« (17) überwinden, aufheben solle bzw. könne, müsste begründet werden. Zumindest in der geübten Praxis der Sozialen Arbeit in den unterschiedlichsten sozialen Gemeinschaften und politischen Regimes ist dies nicht nachweisbar. Wird hier – ohne konkreten Bezug – an die Randgruppenstrategie der 1970er-Jahre angeknüpft? Es gilt: Die Mittel der Sozialpolitik, einschließlich der für Soziale Arbeit bzw. Sozialpädagogik, werden, um mit Karl Marx zu sprechen, aus der kapitalistisch erwirtschafteten Revenue geschöpft, aber auch die des Hochschulbereichs, der zukünftige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ausbildet; und dies eben auch unter Aufrechterhaltung der Ungleichheitsordnung zwischen verbeamteten

Professorinnen und Professoren und prekär beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – und darüber hinaus zwischen all denen, die konkret in diesem sozialen Feld wirken.

Umso wichtiger sind die medial ermöglichten Formen, Armutsbetroffene direkt zu Wort kommen zu lassen. Sie haben ihre Geschichte zu erzählen, wie auch Totalverweigerer etwa bei *Jennifer Eckardt*. Bezieht man hier die von *Johannes D. Schütte* eingeführten vier Cluster innerhalb der Armutsbetroffenen von den »isolierten Inaktiven« über die »eingebundenen Hasardeure« sowie die »entfremdeten Einzelkämpfer« bis zu den »vernetzten Machern« hinzu, werden unterschiedliche Hilfestrukturen deutlich, die konkret an den Punkten ansetzen können, die wichtig sind für Selbstwirksamkeitserfahrungen und Selbstverwirklichung. Es geht dabei nicht um die Durchsetzung des Leistungsprinzips, sondern um das, was Artikel 1 des Grundgesetzes beschreibt: die Würde des Menschen. Bourdieu hat verdeutlicht, in welcher komplexen, aber auch subtilen Weise Verteilungsprozesse die Lebenslage des Einzelnen und sozialer Gruppen bestimmen, zugleich auch, wie diese Prozesse veränderbar sind – durch Eingriffe Betroffener in diese Verteilungsprozesse. Damit wird der Kapitalismus nicht überwunden, er wird aber in seinen Auswirkungen verändert; so wie umgekehrt einmal errungene Standards im Sozialstaat jederzeit wieder zur Disposition gestellt werden können, geschichtlich auch abgeschafft wurden und gegenwärtig erneut in Frage gestellt werden. Und um das zu verhindern, sind die Erfahrungen, Meinungen, Wünsche, Hoffnungen derer entscheidend, die »im Dunkeln« leben. Und mit ihnen sind auch Perspektiven für eine gerechtere Gesellschaft zu diskutieren. Da darf es in der Tat keine Tabus geben. Dieses deutlich gemacht zu haben, ist das Verdienst dieses Bandes. Um aber die Ambivalenz von Sozialer Arbeit zwischen Bekämpfung und Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheitsordnungen deutlich auszuleuchten, muss der Diskurs auch kritisch gegen sich selber sein und »die andere Seite« mit einbeziehen.

Ernst-Ulrich Huster, *1945, Professor i.R. für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum und seit 2003 Privatdozent für Politikwissenschaft am Fachbereich für Sozial- und Kulturwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen. Er wurde 2011 pensioniert. (ernst-ulrich.huster@t-online.de).

Zitationsvorschlag:

Huster, Ernst-Ulrich (2025): Rezension: Armutsbekämpfung statt Armutsreproduktion – ein notwendiger Diskurs. Beiträge zur Neubestimmung des Sozialen in Politik und Öffentlichkeit, herausgegeben von Anja Kerle, Fabian Kessel und Alban Knecht (Ethik und Gesellschaft 2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben). Download unter: [https://dx.doi.org/ 10.18156/ eug-2-2025-rez-11](https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2025-rez-11) (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben

Philipp Kriele-Orphal

Die Schuldenbremse des Grundgesetzes als demokratietheoretisches Problem

Korinna Schönhärl und Caren Sureth-Sloane

Steuern und Steuergerechtigkeit – Ein Gespräch

Sebastian Huhnholz

Steuergerechtigkeitsperspektiven in Zeiten fiskalischer Transformation – Versuch einer kritischen Einordnung

Julia Jirmann und Franziska Vollmer

Wie kann die Besteuerung in Deutschland gerechter gestaltet werden?

Jonas Hagedorn

Sozialstaatliche Demokratie und progressive Besteuerung. Eine sozialetische Perspektive.

Julian Degan

Gerechtigkeit durch Bodenbesteuerung? Eine wirtschaftsethische Reflexion unterschiedlicher Grundsteuermodelle in Deutschland

Ulrich Klüh

Vermögensbesteuerung als terrestrische Wirtschaftspolitik. Probleme, Widerstände und Ausgestaltungsoptionen

Anna Ott

Wie gerecht ist die Kirchensteuer?